

„Schließung verhindern“

SPD und Kreistagsgrüne fordern Erhalt der Außenstelle der Landesschulbehörde

ALFELD / KREIS ■ Die Fraktionen der SPD im Kreistag und Hildesheimer Stadtrat sowie Bündnis 90/Die Grünen im Kreistag haben sich in einem Brief an Ministerpräsident Christian Wulff und Kultusministerin Elisabeth Heister-Neumann gewandt. Hierin fordern die Fraktionsvorsitzenden die Landesregierung auf, dafür einzutreten, die geplante Schließung der in Alfeld ansässigen Außenstelle der Landesschulbehörde zu verhindern.

Die Landesregierung plant im Rahmen der Neustrukturierung der Landesschulbehörde, die Außenstelle Alfeld aufzugeben und die Region Hildesheim der in Holzminden ansässigen Außenstelle der Landesschulbehörde zuzuschlagen.

In dem Schreiben machen die Fraktionsvorsitzenden darauf aufmerksam, dass sich die in Alfeld bestehende Struktur der Schulaufsichtsbehörde mehr als bewährt habe. Dies vor allem aufgrund der günstigen zentralen Mittellage der Stadt zu den Regionen Hameln-Pyrmont, Holzminden und Hildesheim: Dieser geografische Vorteil zu anderen Mittelzentren werde dadurch unterstrichen, dass die Stadt Alfeld über die Bundesstraße 3 hervorragend an die Großräume Hannover und Göttingen angeschlossen sei, heißt es in



Die Fraktionsvorsitzenden der SPD in Stadtrat und Kreistag: Hartmut Häger (rechts) und Harry Dilßner (Mitte) unterzeichnen die Erklärung zum Erhalt der Schulaufsichtsbehörde in Alfeld. Links auf dem Foto der stellvertretende Kreistagsfraktionsvorsitzende Klaus Bruer.

der Erklärung. Aufgrund des Bahnhofes an der Nord-Süd-Trasse gelte dies auch für die Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr auf der Schiene.

Entgegen dem geäußerten Bestreben der Landesregierung, Mittelzentren zu stärken, habe die Stadt Alfeld in den vergangenen Jahren einen erheblichen Verlust an Behörden hinnehmen müssen, die über die Gemeindegrenzen hinaus wirkten. Dies gelte insbesondere für den Abzug des Handels- und Vertriebsregistergerichtes, die

Verlagerung des ehemals in Alfeld ansässigen Forstamtes nach Grünenplan (Landkreis Holzminden) und die Aufgabe des ehemals eigenständigen Katasteramtes. Eine etwaige Entscheidung gegen den Standort Alfeld widerspreche nach Auffassung der Fraktionen den seitens der Landesregierung selbst festgelegten Kriterien einer guten Erreichbarkeit der Schulbehörde und auch einer möglichst starken Verankerung in der Region.

Auch die Tatsache, dass in der Kabinettsvorlage dahin

gehend erläutert wird, was für die Auswahl einer Außenstelle das entscheidende Kriterium war, nämlich die Schulen innerhalb einer Fahrtzeit von maximal 60 Minuten von der Außenstelle aus zu erreichen, könne im Falle einer Schließung des Alfelder Standortes mit gleichzeitiger Aufgabenverlagerung nach Holzminden nicht erreicht werden. Schulaufsichtsbeamte benötigten von Holzminden aus mindestens eineinhalb Stunden Fahrtzeit zu den Schulen im Ost- und Nordkreis Hildesheim.

AM RANDE NOTIERT

Parteiübergreifend

ALFELD / KREIS ■ Im Interesse aller Beteiligten bitten die Fraktionsvorsitzenden Harry Dilßner (SPD-Kreistagsfraktion), Dr. Hartmut Häger (SPD-Stadtratsfraktion) und Holger Schröter-Mallohn (Bündnis 90/Die Grünen im Kreistag) die vorgetragene Gesichtspunkte bei der anstehenden Entscheidung über die Standortverlagerung zugunsten der Region Hildesheim zu berücksichtigen. Ausdrücklich begrüßen die Fraktionsvorsitzenden die bisher seitens der CDU in der

Angelegenheit unternommenen Maßnahmen. Sowohl die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Alfeld, als auch die CDU-Kreistagsfraktion, hatten von kurzem den Erhalt der Alfelder Schulaufsichtsbehörde gegenüber der Landesregierung gefordert. Letztlich machen die Fraktionsvorsitzenden darauf aufmerksam, dass am vorhandenen Behördenstandort in Alfeld weitere räumliche Kapazitäten zur Aufnahme bzw. Vergrößerung der Außenstelle vorhanden wären.